

Wer Geld hat, hat Freunde – das gilt auch in der EU

Gastkommentar in der Badischen Zeitung vom 24.9.2005

„Wenn es ums Geld geht, hört die Freundschaft auf.“ Diese alte Weisheit gilt nicht für die Europäische Union. Hier geht es nach der Devise „Geld festigt die Freundschaft.“ Seit ewigen Zeiten ist Deutschland in der EU größter Nettozahler. Das bedeutet: Deutschland zahlt mehr Mitgliedsbeiträge an die EU, als aus Brüssel Gelder nach Deutschland fließen, zum Beispiel als Subventionen für deutsche Bauern; und diese Lücke ist für Deutschland so groß wie bei keinem anderen Land. Nettoempfänger zahlen dagegen weniger ein, als sie an EU-Geldern erhalten.

Früher war der Grund für diese Umverteilungen, dass die reichen Länder – zu denen Deutschland damals zählte – den armen, wie Irland, helfen sollten, den Abstand im Entwicklungsniveau und Lebensstandard zu verringern.

Die Verhältnisse haben sich aber inzwischen gründlich verändert. Irland ist heute das zweitreichste Land der EU. Deutschland dagegen ist verarmt: Nach Zahlen der EU von Anfang 2004 ist es sogar ärmer als der EU-Durchschnitt der damaligen fünfzehn EU-Mitgliedstaaten. Aber dennoch ist Irland weiterhin Nettoempfänger, Deutschland weiterhin größter Nettozahler. So bestimmen es die Europäischen Verträge.

Eine neue Lage entstand mit dem Beitritt der osteuropäischen Staaten im Mai 2004. Aufgrund ihrer Vergangenheit als Planwirtschaften sind sie durchweg ärmer als die alten Mitgliedstaaten. Dadurch kommen sie in den Vorteil vielfältiger Subventionen aus Brüssel, zahlen aber nur geringe Mitgliedsbeiträge. Ausnahmslos sind sie Nettoempfänger. Da also durch die Aufnahme dieser Staaten mehr Geld den EU-Haushalt verlässt, als hereinkommt, muss die Differenz irgendwo hergeholt werden. Dies geschieht dadurch, dass die alten Mitgliedstaaten weniger Subventionen aus den EU-Töpfen erhalten. Ein Hauptbetroffener ist auch hier Deutschland. Die Schere zwischen Deutschlands Mitgliedsbeitrag und den EU-Subventionen, die nach Deutschland fließen, wurde dadurch noch weiter geöffnet.

Neuerdings wird die Angelegenheit noch brisanter. Einige Mitgliedstaaten handeln nämlich nach der Devise: Man kann nicht genug Freundschaft bekommen. Im Klartext: Man kann nicht genug Subventionen aus Brüssel kassieren.

Diese Staaten, allen voran die neuen Mitgliedsländer, wollen den EU-Haushalt für 2006 über das bisherige Niveau aufstocken. Die zusätzlichen Mittel würden in Gestalt von Subventionen vor allem ihnen zugute kommen, müssten aber von allen Mitgliedstaaten aufgebracht werden, indem ihre Mitgliedsbeiträge gemäß der bisherigen Gewichtung erhöht werden. Für die begünstigten Staaten eine tolle Sache.

Wer aber zahlt die Zeche? Die Hauptlast trägt der größte Nettozahler: Je größer der EU-Haushalt ist, desto mehr Gelder muss der deutsche Steuerzahler an die EU abführen, von wo sie dann auf vor allem andere Mitgliedstaaten verteilt werden.

Kann das niemand verhindern? Theoretisch schon. Denn für die Aufstockung des Haushalts ist eine Mehrheit von gut siebzig Prozent der gewichteten Stimmen der Mitgliedstaaten erforderlich.

In früheren Jahren kamen die sparwilligen Staaten – allen voran Deutschland – auf mehr als 30 % der Stimmen. Gegen diese Staaten ließ sich der EU-Haushalt also nicht erhöhen. Sie besaßen die sogenannte Sperrminorität.

Durch den Beitritt der osteuropäischen Staaten aber haben sich die Mehrheitsverhältnisse gründlich geändert. Wie kürzlich der deutsche Verhandlungsführer in Brüssel entsetzt feststellte, haben die sparwilligen Mitgliedstaaten bei den Haushaltsverhandlungen ihre Sperrminorität verloren. Die Aufstockung des EU-Haushalts lässt sich nicht mehr verhindern.

Andere Staaten entscheiden jetzt darüber, wie viel Geld Deutschland über die EU an diese Länder abführen muss. Um es drastisch auszudrücken: Deutschland ist ausbeutbar.

Aber gemach: Geld festigt ja die Freundschaft. Das glaubt wohl auch der deutsche Verhandlungsführer bei den Haushaltsverhandlungen in Brüssel: Er hat bei der ersten Abstimmung über den EU-Haushalt 2006 nicht gegen die Erhöhung gestimmt, sondern sich nur noch enthalten.

Lüder Gerken ist Vorstand der Stiftung Ordnungspolitik und der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung.